KRIEG IN DER UKRAINE

Putins Politik nicht belohnen

Der Angriff Russlands auf die Ukraine ist eine fundamentale Bedrohung der europäischen Sicherheit. Strategiefachleute schlagen vor, wie die deutsche Politik handeln soll.



Russischer Soldat am 12. Juli im zerstörten Sewerodonezk AFP

BEITRAG TEILEN

Wir sehen mit großer Sorge, dass in der politischen Debatte in Deutschland zum Angriffskrieg Russlands gegen die Ukraine immer wieder Forderungen nach einer nicht näher definierten und sofortigen „politischen Lösung“ oder nach einem „Waffenstillstand“ um jeden Preis aufkommen. Der Wunsch nach einem baldigen Waffenstillstand und nach einer politischen Lösung ist nachvollziehbar, aber solange Russland die völlige Unterwerfung der Ukraine mit Waffengewalt durchsetzen will, besteht für eine seriöse diplomatische Lösung derzeit leider kein Spielraum. Auf keinen Fall dürfen die Souveränität und Freiheit anderer Völker Gegenstand westlicher Verhandlungsangebote sein. Die Bundesregierung sollte ihre mittel- und langfristigen Erwartungen und Ziele verdeutlichen und besser kommunizieren, auf was sie sich vorbereitet. Notwendig ist eine stringente, nachvollziehbare Strategie, die öffentlich vermittelt wird.

Der Angriff Russlands auf die Ukraine stellt eine Zeitenwende dar, die in ihren Konsequenzen von vielen immer noch nicht verstanden wird. Der durch Russland ausgelöste Krieg bedeutet eine fundamentale Bedrohung der europäischen Sicherheit. Der Misserfolg der russischen Truppen verschafft aber der westlichen Politik Möglichkeiten der Einflussnahme auf die weitere Entwicklung, die nicht vertan werden dürfen.

Lageeinschätzung

In unserer Lageeinschätzung gehen wir davon aus, dass der Angriffskrieg Russlands mehrere Jahre systematisch geplant und vorbereitet worden war. Auslöser der russischen Aggressionspolitik war der Wunsch nach Festigung der Herrschaft einer kleptokratischen Nomenklatur. Aber die westliche Staatengemeinschaft ist konfrontiert mit dem Wiederaufleben eines großrussischen Imperialismus, der auf die militärische Unterwerfung von Nachbarstaaten und die Zerstörung westlicher Gesellschaften, demokratischer politischer Systeme und internationaler Institutionen (NATO, EU) abzielt. Russlands Vorgehen stellt den ordnungspolitischen Gegenentwurf zur Europäischen Union dar, deshalb ist das, was in der Ukraine geschieht, für uns nicht einfach ein bilateraler Konflikt, sondern es geht auch um unsere freiheitliche Ordnung und um unsere Sicherheit.

Wir gehen davon aus, dass der russische Überfall zu einem Zeitpunkt erfolgte, an dem die Modernisierung der russischen Streitkräfte einen Stand erreicht hatte, bei welchem dem Kreml eine größere Militäraktion möglich erschien. Das Ultimatum Russlands an die NATO und an die USA im Dezember 2021 war ein klares Signal, dass eine größere Militäroperation bevorstand.

Der russische Überfall auf die Ukraine verlief allerdings alles andere als erfolgreich. Es zeigten sich massive Fehler bei der operativen Planung, im Bereich Logistik und bei der Kommunikation. Die mit modernsten Flugzeugen ausgerüstete Luftwaffe blieb weitgehend wirkungslos. Die nominell überwältigend große russische Schwarzmeerflotte musste neben dem Verlust ihres Flaggschiffs durch Anti-Schiffs-Raketen zahlreiche teils demütigende Verluste hinnehmen. Insgesamt wehrten sich die Ukrainer viel effektiver als vorhergesagt.

Das Invasionspotential der russischen Streitkräfte steckte im Februar zum Großteil (zwei Drittel) in den etwa 120 bataillonstaktischen Gruppen, die in die Ukraine einmarschierten. Diese Truppen sind seither drastisch dezimiert worden und wurden teilweise durch Reservisten aufgefüllt, deren Kampfkraft weit hinter der von Berufssoldaten zurückbleibt. Die Umstellung der Kriegsziele im April signalisierte, dass mit begrenzten Kräften versucht werden sollte, zumindest im Donbass eine Entscheidung zugunsten des Aggressors herbeizuführen.

Mittels des unablässigen Einsatzes russischer Artillerie, gegen die die Ukraine keine wirklich wirksamen Waffen hat, ist es den russischen Kräften binnen zehn Wochen gelungen, begrenzte Geländegewinne unter enormen eigenen Verlusten zu machen. Diese Gewinne waren möglich, weil Russland Kräfte auf eine überschaubare Region konzentrierte und dort vor allem seine Überlegenheit im Bereich der Artillerie zum Tragen bringen konnte. Die Ukraine hat auch erhebliche Verluste hinnehmen müssen. Die Gefahr besteht, dass Russland versucht, in einem lang andauernden Abnutzungskrieg die Oberhand zu bekommen. Diese Strategie kann nur aufgehen, wenn es Russland gelingt, die westliche Unterstützung für die Ukraine zu schwächen, etwa indem durch das Herunterfahren der Erdgasversorgung eine Rezession – vor allem in Deutschland – ausgelöst werden soll. Diese Gefahr muss heute benannt und angegangen werden.

Optionen westlicher Politik

Die westlichen Staaten – und in Sonderheit die Bundesregierung – dürfen sich in dieser kritischen Phase nicht dazu hinreißen lassen, die schwierige Lage durch schnelle und vermeintlich politische Schritte lösen zu können, die im Ergebnis die Lage verschlimmern werden. Vielmehr ist eine Strategie notwendig, die auch über den unmittelbaren Krieg hinausweist und mindestens die folgenden Elemente enthalten sollte:

Erstens, der westlichen Staatengemeinschaft bleibt derzeit keine andere Option, als der Ukraine militärisch und wirtschaftlich massiv unter die Arme zu greifen. Militärisch sind vor allem Feuerkraft und Gegenangriffsfähigkeit ihrer Streitkräfte zu stärken. Es gilt, durch externe Unterstützung die Ukraine zu befähigen, einen Diktatfrieden durch Erhöhung der Kosten für Moskau abzuwenden und Zeit für die Wirkungsentfaltung der Sanktionen zu gewinnen. Ansonsten drohen weitere gravierende Kriegsverbrechen und Zerstörungen in der Ukraine und ihre dauerhafte Schwächung, möglicherweise sogar ihre Unterwerfung. Sollte die Ukraine diesen Krieg verlieren, muss damit gerechnet werden, dass Russland weitere regionale Kriege plant, um die europäische Sicherheitsordnung zu zerstören. Insbesondere müssen das Niveau und die Quantität westlicher Waffenlieferungen an die Ukraine angehoben werden.



Grafik: jpg., omer. / Quellen: ISW, Liveuamap

Zweitens, die derzeitige russische Schwäche bietet der westlichen Politik Optionen, die auszulassen angesichts der weitreichenden Zielsetzungen Moskaus fahrlässig wäre. Die enorme Abnutzung der russischen Berufsarmee dürfte erst nach einigen Jahren wieder behoben sein. Dieser Prozess kann durch die strikte Aufrechterhaltung westlicher Sanktionen verlangsamt werden. Dies betrifft vor allem Exporte von Technologien und Materialien, die für die Rüstungsindustrie Russlands bedeutsam sind.

Drittens, der Angriff Russlands zeigt, dass auch Mitglieder der NATO Objekt einer militärischen Aggression werden können. Deshalb muss der Aufbau einer Verteidigungsstrategie für den Ostseeraum (insbesondere für Polen und die baltischen Staaten) hohe Priorität haben. Die NATO hat auf ihrem letzten Gipfeltreffen entsprechende Beschlüsse gefasst, die rasch umzusetzen sind. Die Bundeswehr muss hier eine führende Rolle einnehmen.

Viertens, die westlichen Regierungen, insbesondere die Bundesregierung, müssen sich auf die Folgen der zu erwartenden Knappheit bei Erdgas einstellen und rechtzeitig die wirtschaftlichen und sozialen Folgen abmildern. Die nächsten zwei Jahre werden sehr schwierig werden, es bedarf einer politischen Einstimmung darauf und einer konzertierten Aktion aller relevanten gesellschaftlichen und politischen Kräfte, die hilft, durch die Krise zu kommen.

Fünftens, westliche Staaten müssen sich vollständig von fossiler russischer Energie unabhängig machen. Das beinhaltet die Dekarbonisierung ihrer Wirtschaften im Sinne des Green Deals der EU, alternative Energieträger (LNG, Atomkraft) und Routen/Pipelines (EastMedPipeline, Southstream Lite, TAP, TANAP) sowie die Revitalisierung von Großprojekten wie Desertec.

Sechstens, der Angriff Russlands auf die Ukraine muss auch zu einer Neubewertung der globalen Prioritäten führen. Dieser Angriff und die kaum verhüllte Sympathie Chinas für die Position Russlands lassen erkennen, dass wir uns in einer Phase befinden, in der sich die demokratischen Staaten einer Allianz machtvoller autoritärer Regime gegenübersehen, die die freiheitliche, regelbasierte und auf der Zusammenarbeit bei der Lösung globaler Probleme beruhende internationale Ordnung beseitigen wollen. In diesem Zusammenhang sollte eine Neuauflage des TTIP zwischen der EU und den USA zur Stärkung der transatlantischen Wirtschaftszone stärker verfolgt werden. Auch gilt es, die Arbeitsteilung innerhalb der NATO zu stärken. Europa muss einen größeren Anteil an der Abschreckung russischer Militärmacht übernehmen, weil die USA zunehmend im indopazifischen Raum gefragt sind.

Die westliche Staatenwelt hat realistische Optionen, die es erlauben, den Wiederaufwuchs der bedrohlichen russischen Militärmacht zu begrenzen und der Ukraine eine militärische Position zu verschaffen, aus der heraus diese einen Waffenstillstand zu akzeptablen Bedingungen schließen kann. Es wäre gefährlich, in Defätismus zu verfallen und zu glauben, mit einer übereilten „diplomatischen Lösung“ könnte man Frieden schaffen. Eine derartige Politik würde Putin signalisieren, dass militärische Invasionen mit Landgewinnen, der Auslöschung souveräner Staaten und geopolitischer Machterweiterung belohnt werden.

PD Dr. Jan Asmussen, Universität Kiel, Prof. Dr. Christoph Bluth, University of Bradford, UK, Generalleutnant a. D. Heinrich Brauß, Berlin, Elisabeth Braw, Senior Fellow, American Enterprise Institute, Washington, D.C., Dr. Sebastian Bruns, Institut für Sicherheitspolitik an der Universität Kiel (ISPK), Gustav Gressel, European Council on Foreign Relations, Berlin, Dr. Stefan Hansen, ISPK, Kiel, Prof. Dr. Andreas Heidemann-Grüder, Universität Bonn, Prof. Dr. Thomas Jäger, Universität Köln, Dr. Sarah Kirchberger, ISPK, Kiel, Prof. Dr. Joachim Krause, ISPK, Kiel, Prof. Dr. Carlo Masala, Universität der Bundeswehr, München, Prof. Dr. Burkhard Meißner, Helmut-Schmidt- Universität/Universität der Bundeswehr, Hamburg, Brigadegeneral a. D. Rainer Meyer zum Felde, Berlin, Prof. Dr. Sönke Neitzel, Universität Potsdam, Johannes Peters, ISPK, Kiel, Prof. Dr. Gary S. Schaal, Helmut-Schmidt-Universität/Universität der Bundeswehr, Hamburg, Prof. Dr. Maximilian Terhalle, London School of Economics, ISPK, Kiel, Berlin, Dr. Konstantinos Tsetsos, Universität der Bundeswehr München, METIS Institut, Dr. Frank Umbach, Center for Advanced Security, Strategic and Integration Studies (CASSIS), Bonn, Dr. Joachim Weber, CASSIS, Bonn, Brigadegeneral a. D. Dr. Klaus Wittmann, Berlin